

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Riesner Verlag
Riesnerstr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen bestellungsrechtlich bestimmte Blatt.

Verlagsnummer
Dresden 1888.
Stempel
Riesa Nr. 22.

Nr. 5.

Montag, 7. Januar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialsteigerungen behalten wir uns das Recht der Veranschlagung und Nachforderung vor. Kapazitäten bis 20 mm Breite, 1 mm hohe Grundriss- und 6 mm hohe Gold-Plattierungen; die 20 mm breite Restlampe 100 Gold-Plattierungen; zehnfache und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Drucker an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hilsmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Göttsch, Riesa.

Ein Ausweg aus der Kapitalnot.

Was im einzelnen das deutsche Urteil über die Lage unserer Wirtschaft von dem optimistischen Bericht des Reparationsagenten noch so sehr abweichen, darin stimmen alle Beurteiler überein, daß die deutsche Wirtschaft auf schwerste an dem Mangel ausreichender Kapitalversorgung leidet und daß es unbedingt notwendig ist, hier vorzuzugreifen, wenn schwere Erschütterungen vermieden werden sollen. Zwar haben die deutschen Sparkassen auch im abgelaufenen Jahre einen nicht unerheblichen Zuwachs zu verzeichnen und nähern sich heute der siebensten Milliarde Reichsmark, zwar sind auch die Kreditorenkonten der Berliner Großbanken erheblich gestiegen und dürften die zehnte Milliarde erreichen; aber diese Zahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kapitalversorgung aus der deutschen Wirtschaft heraus nach wie vor unzureichend und die Notwendigkeit weiterer Auslandsanleihen, wie es ja auch von dem Reparationsagenten anerkannt wird, unumgänglich ist.

Seider tauchen hier nicht geringe Gefahren auf, denn auch der ausländische Kapitalmarkt, und zwar insbesondere derjenige von New York, hat sich in der letzten Zeit vermindert, und es erscheint daher durchaus noch nicht gewiß, ob uns das Ausland in kommenden Jahre erhebliche Kapitalien zur Verfügung stellen kann und will. Und so sieht sich der deutsche Wirtschaftler gezwungen, die Frage der Kapitalversorgung doch aus den Möglichkeiten heraus zu betrachten, die ihm die heimische Wirtschaft bietet. Hier aber ergeben sich nur zwei Möglichkeiten: einmal intensivierte Förderung des Exports und zum anderen äußerste wirtschaftliche Sparmaßnahmen im Innern, d. h. möglichst strenge Festhaltung der entbehrlichen ausländischen Waren. Was die Ausfuhrförderung anbetrifft, so scheint diese Frage, die schon vor zehn Jahren in der Öffentlichkeit lebhaft erörtert wurde und auch zu vorübergehenden Maßnahmen der Reichsregierung geführt hat, wieder in den Vordergrund des Interesses zu rücken. Der Exportaustausch des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat in der letzten Zeit eine gesteigerte Rührigkeit entfaltet. Auch darüber hinaus wurde das Problem, wie die vielfachen Erörterungen in der Tagespresse zeigen, weitgehend als brennend empfunden, und so darf man wohl hoffen, daß ein Zusammenwirken der Wirtschaftsorganisationen mit den in Frage kommenden Reichsstellen bald praktische Ergebnisse zeigen wird. Jenseitig in der kommenden Zeit die handelspolitische Situation Deutschlands noch erheblich verschärfen dürfte, wie die weitverbreiteten Exportvorbereitungen Amerikas, Englands, ja sogar Frankreichs und Italiens, und daneben die unaufhörlich wachsenden Selbsthandlungsbestrebungen der jungen Liebesländer beweisen. Demgegenüber die Notwendigkeit wirksamer deutscher Gegenmaßnahmen betonen zu wollen, ist wirklich für jeden einigermaßen Orientierten unmissverständlich; wir müssen unseren Export fördern, und zwar sehr schnell; wir müssen ihn auch fördern, wenn die Kapitalnot nicht so dräuend an unsere Tore schlägt; wir müssen ihn endlich mit aller Energie fördern, wenn wir — was so dringend notwendig ist — unsere Lage auf dem Weltmarkt verbessern wollen.

Allein, mag man die Durchschlagkraft der geplanten Maßnahmen noch so optimistisch betrachten, mag man überhaupt den Optimismus aufbringen, ihre Durchsicht für die allernächste Zeit als möglich zu erachten, darüber wird sich niemand in Zweifel sein, daß das Problem der Exportförderung zu denen gehört, die nicht von heute auf morgen Früchte tragen und schon in Kürze ein erhebliches Ansteigen unserer Ausfuhr bewirken. Wir aber brauchen das Geld schon heute und morgen; wir brauchen es spätestens in den kommenden Monaten, und darum gilt es, die andere sich bietende Möglichkeit auszunutzen und für die produktiven Zwecke unserer Wirtschaft die Reservenkapitalien freizumachen, die wir bisher für den Import ausländischer Waren verwendet haben. Um sich die Größe der Verluste klarzumachen, die die deutsche Volkswirtschaft Jahr für Jahr durch die Einfuhr ausländischer Waren erleidet, braucht man lediglich die Zahlen des jährlichen Wareneinfuhrüberschusses mit denjenigen der ausländischen Kapitaleinfuhr zu vergleichen und man wird mit Erstaunen feststellen, daß die Verluste durch die Wareneinfuhr die Gesamtsumme unserer Auslandsverschuldung noch erheblich übersteigen, indem wir zwar etwa 12 Milliarden Mark Anleihen im Ausland aufgenommen, unsere Handelsbilanzien seit 1924 dagegen einen Gesamtschub von fast 13 Milliarden aufweisen. Nun ist selbstverständlich ein großer Teil der Wareneinfuhr volkswirtschaftlich notwendig und kann nicht entbehrt werden, aber wer sich die Statistik näher ansieht, wird doch ungeheure Reserven entdecken, für die sich keinerlei volkswirtschaftliche Notwendigkeit ergibt. Wir greifen nur einige Beispiele heraus, die jedem geläufig sind und tragen uns, ob es notwendig ist, in diesem Maße landwirtschaftliche Erzeugnisse aller Art, Obst, Säbfrüchte, Frühgemüse, Konserven usw. einzuführen. Wir fragen weiter, ob es notwendig ist, unsere Läden mit all den zahlreichen Luxusartikeln aller Art zu füllen, wie man es heute in jeder größeren Stadt beobachten kann. So haben wir es fertiggebracht, Jahr für Jahr Milliarden an das Ausland zu verschicken. Drei Milliarden sind es im Durchschnitt pro Jahr gewesen, und die Gesamtsumme des auf diese Weise leichtfertig verschickten Geldes übersteigt, wie oben erwähnt, unsere gesamte Auslandsverschuldung, für die wir Jahr für Jahr hohe, zum Teil ungerechtfertigte hohe Zinsen ausbringen müssen. Hier wäre es nötig, schnell und energieloch einzuwirken und dem deutschen Volke durch teil-

Schärfste Diktatur in Jugoslawien.

Alle Gewalt in der Hand des Königs. — Das Parlament aufgelöst.

Übertragung der Legislativ- und Exekutivgewalt auf den König von Jugoslawien.

Belgrad, 6. Januar. Das Amtsblatt veröffentlicht den Text eines Gesetzes über die Befugnisse des Königs und die höchste Verwaltung des Staates. Das Gesetz besteht aus 21 Artikeln, durch die dem König die Legislativ- und Exekutivgewalt übertragen wird. Weiter werden im Amtsblatt veröffentlicht ein Gesetz zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und der Ordnung im Staate, ein Gesetz über Abänderung und Ergänzung des Pressegesetzes, und vierzehn ein Gesetz, durch welches das Gesetz über die Gemeinden und regionalen Autonomien abgeändert wird.

Belgrad, 6. Januar. Das gestern vormittag im Amtsblatt veröffentlichte Gesetz über die königliche Gewalt und die höchste Verwaltung des Staates bestimmt: Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen ist eine Erbmonarchie. Der König besitzt alle Gewalt im Lande. Er erläßt und veröffentlicht die Gesetze, ernennt die Beamten, bestimmt über die Beförderungen im Heere und befehligt die Streitkräfte. Ferner steht ihm das Recht der Amnestie und der Begnadigung zu. In allen Beziehungen zu fremden Staaten vertritt er den Staat.

Das Gesetz enthält weiter Bestimmungen über das königliche Haus, über Einsetzung und Tätigkeit der Regierung im Falle einer Abwesenheit, Erkrankung oder Minderjährigkeit des Königs und sehr ferner folgendes fest: Der König ernannt den Ministerpräsidenten und die Minister, die seinen Befehlen entsprechend handeln, da die Minister dem Könige verantwortlich, der sie in Anklagezustand versetzen kann. Das Gesetz trifft Bestimmungen über das Verfahren zur Aburteilung von Ministern und sagt weiter: Der König erläßt und veröffentlicht ein Gesetz durch ein Dekret, das vom Ministerpräsidenten, dem in Betracht kommenden Reformminister und dem Justizminister gegengezeichnet ist. Die administrative Gewalt wird vom Minister entsprechend der königlichen Ermächtigung gehandhabt. Die Gerichtsbarkeit wird im gesamten Lande im Namen des Königs ausgeübt. Das Gesetz tritt am dem Tage seiner Veröffentlichung, das heißt am 6. Januar, in Kraft.

Eine Proklamation des Königs Alexander.

Belgrad, 6. Januar. Der König hat folgende Proklamation erlassen:

An mein teures Volk,
An alle Serben, Kroaten und Slowenen
Die größten Interessen des Volkes und des Staates und ihre Zukunft gebieten mir, mich als Herrscher und als Sohn dieses Landes unmittelbar an das Volk zu wenden und ihm offen und aufrichtig zu sagen, was mir im gegenwärtigen Augenblick mein Gewissen und meine Liebe zum Vaterlande auferlegen. Die Stunde ist gekommen, wo es gilt, das Volk und den Staat zu erneuern. Ich habe mich bemüht, im Laufe so vieler Bemühungen und so vieler Mühen, von denen ich bei der Durchführung meines hohen Amtes Beweise gegeben habe, wurde meine Seele gepiegt durch den Jammer unserer patriotischen aber erschöpften arbeitenden Volksmassen, die in ihrem natürlichen und gesunden Urteil schon seit langem gefaßt haben, daß man dem bisher eingeschlagenen Wege nicht mehr folgen könne. Meine und des Volkes Erwartungen, daß die Entwicklung unserer innerpolitischen Ordnung und Konsolidierung in der Lage des Landes mit sich bringen würde, haben sich nicht erfüllt. Die parlamentarische Ordnung und alle politischen Ansichten nehmen immer mehr ein negatives Gepräge an, wovon Volk und Staat augenblicklich nur Schaden haben. Alle nützlichen Einrichtungen im Staate, ihr Fortschritt und die Entfaltung unserer gesamten nationalen Lebens werden dadurch gefährdet. Eine solche ungesunde politische Situation im Staate ist nicht nur für das innere Leben und seinen Fortschritt, sondern auch für die Regelung und Entwicklung der auswärtigen Beziehungen unseres Staates wie für die Stärkung unseres Prestiges und unseres Ansehens im Ausland nachteilig. Der Parlamentarismus, der als politisches Mittel Tradition meines so sehr betrauernden Vaters war, ist auch mein Ideal geblieben. Doch politische Lebensverhältnisse haben aber mit dem Parlamentarismus allmählich einen solchen Widerspruch getrieben, daß er ein Hindernis für jede gezielte Arbeit im Staate wurde. Befreiendwerte Streitigkeiten und die

letzte Auffassung den Weg zu zeigen, der ihm aus dem Dilemma der Kapitalnot hilft. Im keinen Zeitraum aufkommen zu lassen, wir wollen damit in keiner Weise die notwendige Auslandsanleihe treffen; wir wollen den weitesten Spielraum lassen bei der Auslegung des Begriffs „notwendig“; aber darin wird jeder Verantwortungsbezug mit uns übereinstimmen, daß die Vergütung deutschen Geldes für ausländische Luxuswaren, die wir in den letzten Jahren getrieben haben, einem volkswirtschaftlichen Selbstmord gleichkommt.

Ergebnisse in der Staatspolitik haben im Volke das Vertrauen zu dem Nutzen dieser Einrichtung erschüttert. Ein Einverständnis und selbst die gewöhnlichen Beziehungen zwischen Parteien und Bürgern sind durchaus namentlich geworden. Weit entfernt, den Geist nationaler und staatlicher Einheit zu entfalten und zu stärken, beginnt der Parlamentarismus in seiner jetzigen Gestalt geistige Desorganisation und nationale Uneinigkeit hervorzurufen. Meine heilige Pflicht ist es, mit allen Mitteln die nationale und staatliche Einheit zu wahren. Ich bin entschlossen, diese Pflicht ohne Zögern bis zum Ende zu erfüllen. Die Einigkeit des Volkes anzuverwandeln und die staatliche Einheit zu wahren, ist das höchste Ideal meiner Regierung und muß auch das dringendste Gesetz für mich und für alle sein. Das ist mir geboten durch die Verantwortung vor dem Volke und vor der Geschichte, durch die Liebe zum Vaterlande und die ehrensüchtige Erkenntlichkeit gegen die zahllosen und kostbaren Opfer, die für dieses Ideal unterlegen sind. Ein Mittel gegen dieses Uebel zu suchen in einer Änderung der parlamentarischen Regierung, wie sie bisher gehandhabt wurde, oder in neuen Wahlen für die gleichgebenden Körperlichkeiten, die uns schon mehrere Jahre gekostet haben. Wir müssen neue Arbeitsmethoden suchen und neue Wege bahnen. Ich bin überzeugt, daß in diesem ersten Augenblick aller Serben, Kroaten und Slowenen dieses aufrichtigen Wort des Königs verstanden und meine treuesten Helfer bei meinen zukünftigen Bemühungen sein werden, die einzig und allein dahin gehen, in kürzester Frist zur Schaffung von Einrichtungen zur Verwaltung und Organisation des Staates zu gelangen, die den allgemeinen Bedürfnissen des Volkes und den Interessen des Staates am besten entsprechen werden. In Verfolg dessen habe ich beschlossen und bestimmt, daß die Befugnisse des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen vom 22. Juni 1921 nicht mehr in Kraft bleibt. Alle Gesetze des Landes behalten ihre Gültigkeit, soweit sie nicht durch Erlass von mir im Notfall aufgehoben werden. Neue Gesetze werden künftig auf dieselbe Weise veröffentlicht werden. Die am 11. Dezember 1927 gewählte Versammlung wird aufgelöst. Indem ich diese meine Entscheidung meinem Volke zur Kenntnis gebe, befehle ich allen staatlichen Behörden, sich darauf einzustellen, und allen und jedermann, sie zu achten und ihr zu gehorchen.

Geben Belgrad 6. Januar 1929.

von Alexander.

König Alexander wird beglückwünscht.

Belgrad, (Tel.) Der König hat am Sonnabendabend vom Verein jugoslawischer Industrieller und Kaufleute ein Begrüßungstelegramm erhalten, in dem er zu seiner Entschlossenheit beglückwünscht und der Öffnung Ausdruck gegeben wird, daß es nunmehr zum wirtschaftlichen Fortschritt und zur Konsolidierung der Verhältnisse im ganzen Lande kommen werde. Die aus allen Ecken des Reiches kommenden Nachrichten besagen, daß im ganzen Lande Freude herrscht.

Die Kroaten zum Staatsreich König Alexander.

Der „Montag“ meldet aus Agram, daß Dr. Raffel nach seiner Rückkehr aus Belgrad Pressevertretern, die ihn nach seinen Eindrücken von den Vorgängen in Belgrad fragten, erklärte: Die Kroaten sind begeistert. Die Verfassung, die die Kroaten sieben Jahre lang „beglückt“, ist aufgehoben. Dank der Weisheit des Monarchen wird es nun gelingen, das Ideal des kroatischen Volkes zu erreichen und wirklich Herr im Hause in einem freien Kroatien zu sein.

Das neue Kabinett in Jugoslawien.

Belgrad, 6. Jan. Der König hat ein neues Kabinett berufen, das um 11 Uhr den Eid auf die Verfassung geleistet hat. Es setzt sich wie folgt zusammen: Präsident und Innenminister: Dismowitsch; Kommandeur der kgl. Garde Peter Nisowitsch; auswärtige Angelegenheiten: Marinowitsch; Minister ohne Portfeuille: Kuznetsov; Verkehr: Kozlof; Krieg und Marine: General Gubitsch; Finanzen: Gharuga; Sozialpolitik: Drinowitsch; öffentlicher Unterricht: Marinowitsch; Kultur: Kuznetsov; Justiz: Gubitsch; Gesundheitswesen: Krul; Bergbau, Wälder- und Agrarreform: (vorläufig) Radzowitsch; Post und Telegraphen und öffentliche Arbeiten: (vorläufig) Gaultowitsch; Ackerbau und Gewässer Franzoff.

Also: Exportförderung und Verminderung jeder überflüssigen Einfuhr ausländischer Waren, das sind die Möglichkeiten, durch die sich die deutsche Wirtschaft in der kommenden Zeit mit Kapital versorgen kann. Im deutschen Volke liegt es, durch Verminderung der ausländischen Waren dieses Mittel zu ergreifen und erfolgreich anzuwenden. Macht es freiwillig keinen Gebrauch davon, so wird die unausbleibliche Wirtschaftskrise uns dazu zwingen; allerdings unter weit ungünstigeren Bedingungen.